

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.
Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Eliane Perret: Lesemisere – ... eine sorgfältige Analyse**
- **Carl Bossard: Bildung als Erlebnis von gemeinsamer Gegenwärtigkeit**
- **Hansjörg Stützle: Für den Erhalt unseres Bargelds**
- **Staatsanwaltschaft Hamburg deckt Scholz im Cum-Ex-Skandal**
- **Franziska Hollstein: Demokratie Wegweiser**
- **Chris Frey: Die strategische Bedrohung durch einseitige Klimaschutz-Maßnahmen**
- **Hans Köchler: Das Humanitäre Völkerrecht ist unter allen Umständen einzuhalten**
- **Jeffrey D. Sachs: ... "Sicherheitsrat sollte Kriege beenden"**
- **Wolfgang Effenberger: Full Spectrum Dominance – Herrschaftsstrategien von USA und NATO**
- **Spanien, Belgien, China und andere Länder kritisieren israelischen Krieg**
- **Ralph Bosshard: Europa ... – es ist Zeit für Bescheidenheit**
- **NRhZ-Online: NATO raus aus Deutschland – NATO raus aus Europa**
- **Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg: Weg des Friedens statt Weg des Krieges**
- **Henriette Hanke Güttinger: Nicht in unserem Namen!**
- **Tilo Gräser: Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit**
- **Michael von der Schulenburg: Frieden stiften in einer Welt voller Konflikte: Eine Anleitung für das 21. Jahrhundert**
- **"Israelis gegen Apartheid" fordern IStGH-Maßnahmen, um Palästinas Bevölkerung vor Völkermord zu schützen**

Editorial

In den ersten Beiträgen zeigen Eliane Perret und Carl Bossard auf, dass abnehmende **Bildung und Lesefähigkeit** der Kinder vor allem auf die eingesetzten Lernmethoden und den Einsatz von digitalen Geräten zurückzuführen sind.

Im nächsten Block geht es um verschiedene innenpolitische Themen. Interessante Argumente für den **Erhalt des Bargeldes** als Teil der Alltagserfahrung formuliert Hansjörg Stützle. Der nächste Beitrag befasst sich mit dem **Cum-Ex-Skandal**, über den öffentlich – nicht bei uns! – zu viel geschwiegen wird. Dann verweisen wir auf einen **Demokratie-Wegweiser**, mit dem eine Abgeordnete den Bürgern eine bessere Übersicht über Adressen und Zuständigkeiten von Abgeordneten ermöglichen will. Schließlich weist Lord Monckton in einem Bundestagsausschuss auf nicht stimmige Argumente und Fakten zum **Klimawandel** hin.

Der außenpolitische Block wird mit einem Beitrag von Prof. Köchler über das **humanitäre Völkerrecht** eröffnet. Jeffrey Sachs hat im **UN-Sicherheitsrat** Hintergründe für die verschiedenen Kriege der letzten Jahre und Vorschläge für die Ursachenbekämpfung aufgezeigt. Wolfgang Effenberger gibt eine Analyse und Einordnung der Ziele, Motive und Aktivitäten von **NATO und USA**. Spanien und Belgien haben von Israel eine Beendigung von deren Militäroperationen gegen die Zivilbevölkerung in **Gaza** gefordert. Ralph Bosshard fordert im Rahmen einer längeren Analyse den Westen zum Frieden mit **Russland** auf. Bei einer Friedenskonferenz in Köln wurde Deutschland Ende November zum **Austritt aus der NATO** aufgefordert, um sich nicht an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligen zu müssen.

Es gibt viele weitere Initiativen, die ein **Ende unserer Kriegsbeteiligung** fordern, zum Beispiel die Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg, Tausende Juden bei einer Blockade in Washington (Beitrag Henriette Güttinger), Gabriele Krone-Schmalz (Beitrag Tilo Gräser) oder Michael von der Schulenburg auf einer Friedensdemonstration. Eine Gruppe von über 1'500 jüdischen Menschen haben vom Internationalen Strafgerichtshof den **Schutz der Palästinenser gegen israelischen Völkermord** gefordert und über 2'000 jüdische Schriftsteller und Künstler verwahren sich dagegen, dass Kritik an der israelischen Politik als Antisemitismus bezeichnet wird.

[Inhalt](#) ↑

Zitat des Monats von [David C. Hendrickson](#):

**Das ältere Recht, dasjenige, das ein Hindernis für Interventionen darstellt,
ist das Recht, auf das wir uns konzentrieren müssen.**

Es ist das Recht der UN-Charta, der entfernte Erbe des Natur- und Völkerrechts.

Es ist das Recht, das allen Völkern der Erde gleiche Rechte zugesteht.

- Eliane Perret: **Lesemisere – es braucht eine sorgfältige Analyse**

Unabhängig von PISA ist laut Eliane Perret bekannt, dass heute eine [zunehmende Anzahl von Schulabgängern nicht über ausreichende Lese- und Schreibkompetenzen verfügen](#), um den privaten und beruflichen Alltag selbstständig und befriedigend gestalten zu können. Das sei aber nicht dem Föderalismus geschuldet und auch nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund oder in heterogenen Schulklassen zu beobachten. Perret macht die Misere eher an den Lernprogrammen (Inklusion) und Lernmethoden (z.B. individualisiertes Lernen, Lesen durch Schreiben), aber auch am Einsatz von digitalen Geräten in der Grundschule fest. Egal wie man zu PISA stehe, könne deren Untersuchung eine Anregung sein, endlich über bildungspolitische Ziele zu diskutieren.

Nadja Patega sieht einen weiteren Grund für die abnehmende Sprachbeherrschung im [verminderten Sprachgebrauch im Elternhaus aufgrund von der Absorption durch digitale Medien](#). Auch unterbleibe das regelmäßige Lesen zugunsten bequemer Unterhaltung aus dem Internet.

[Eliane Perret](#) ist Heilpädagogin und Psychologin und war bis 2020 schulische Heilpädagogin und Schulleiterin einer Sonderpädagogischen Tagesschule für Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Carl Bossard: **Bildung als Erlebnis von gemeinsamer Gegenwärtigkeit**

Carl Bossard macht auf die kurze Studie [“Irrwege der Digitalisierung und Perspektiven einer lebendigen Pädagogik”](#) von Nils B. Schulz aufmerksam. Schulz [zeigt darin die Folgen der Digitalisierung, aber auch einen Ausweg auf](#). Dazu zählen z.B. die Internetsucht und eine zunehmende soziale Isolation, die Abnahme von Kreativität und Empathie für den Mitmenschen sowie der Fähigkeit, geduldig auf etwas zu warten. Zudem können viele Kinder kaum mehr vertieft spielen, deren Aufmerksamkeitsspanne werde spürbar kleiner, die Unselbständigkeit nehme zu. Durch die isolierte Atmosphäre digitalisierter Großraum-Schulbüros sei die Gefahr groß, dass Kinder zu post-modernen Einzellern werden. Schulz mache darauf aufmerksam, dass nicht jedes Kind sein eigener Lehrer sein könne, sondern das Soziale und Emotionale brauche. Wenn die Welt durch das Nadelöhr digitaler Medien kennengelernt werde, reduziere sich die Welterfahrung von Kindern und Jugendlichen. Nur in der Atmosphäre des gemeinsamen Lernens von Kindern mit einem präsenten Lehrenden führe zur Mit-Verantwortung für die Welt.

[Carl Bossard](#), Jg. 1949, Studienabschluss in Schweizer Geschichte und Pädagogik, berufsbegleitender Abschluss als Gymnasiallehrer; Schullektor, Gründungsrektor einer Pädagogischen Hochschule, Lehrbeauftragter; Hauptinteresse an bildungspolitischen und gesellschaftlich-historischen Fragen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hansjörg Stützle: **Für den Erhalt unseres Bargelds**

Auf der Internetseite [“Für den Erhalt unseres Bargelds”](#) von Hansjörg Stützle werden Stimmen zusammengetragen, die sich zur Bedeutung und Zukunft des Bargelds äußern. Stützle [sagt zur Bargeldabschaffung](#): “Geld ist nicht mehr mit Händen zu greifen. Der bewusste Umgang mit Geld verabschiedet sich in die ungreifbare, immaterielle Welt und beschränkt sich auf abstrakte mathematische Berechnungen im Kopf. Geld ist nichts anderes mehr als eine Zahlenkolonne. Wenn ich Geld nicht mehr anFASSEN kann, erFASSE ich schlechter, dass ich mich in einem Austausch befinde, wenn ich etwas kaufe. Ich spüre weniger, dass ich etwas weggebe von mir, das mir wichtig sein sollte. Auch mein Gegenüber fühlt nicht mehr so stark, dass er etwas bekommen

hat von mir; folglich wird sich Wertaustausch, also zum Beispiel ein Kassiervorgang, in der Zukunft noch mehr zu etwas Funktionellem, Maschinellem entwickeln. Eben zu einer reinen Notwendigkeit. Ich kann elektronisches Geld nicht so gut erfassen, fühlen, wahrnehmen und schätzen, wie es bei Bargeld der Fall ist.“ Stützle zeigt auf, wie wir [selbst aktiv etwas zur Erhaltung des Bargelds beitragen](#) können.

Hansjörg Stützle, Jg. 1970, erforschte die Grundwahrheiten des Geldes und bündelt dieses Wissen in seinem Projekt “[WertVoll Leben](#)“, das er in Vorträgen, Seminaren und Ausbildungsreihen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Er setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein und arbeitete drei Jahre lang an dem Buch “[Das Bargeldkomplott](#)“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Staatsanwaltschaft Hamburg deckt Scholz im Cum-Ex-Skandal

Ex-Linkenpolitiker Fabio De Masi hat im August 2023 in Hamburg Strafanzeige beim zuständigen Generalstaatsanwalt gegen Olaf Scholz persönlich eingereicht. Der Vorwurf lautete “Verdacht auf uneidliche Falschaussage zur Warburg-Affäre“. Doch am 28.11.2023 hat die Staatsanwaltschaft Hamburg De Masis Vorwürfe zurückgewiesen. Es lägen keine zureichenden Anhaltspunkte für eine Straftat vor. Deswegen habe man beschlossen, [kein Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler](#) einzuleiten.

Damit gibt dieser Fall laut ‘beck-aktuell’ dem Richterbund Recht, der am 08.11.2023 die [Abschaffung des Weisungsrechts der Justizminister zu Ermittlungen gefordert](#) hat. Die aktuelle Bundesregierung hat es bisher trotz Eigenverpflichtung per Koalitionsvertrag nicht geschafft, “das externe ministerielle Einzelfallweisungsrecht gegenüber den Staatsanwaltschaften entsprechend den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs“ anzupassen.

Die Staatsanwaltschaft Köln unter Anne Brorhilker hatte schon im August geäußert, dass die [Hamburger Rücksichtnahme auf Warburg "nicht nachvollziehbar"](#) sei. Eine Stellungnahme zur Absage des Ermittlungsverfahrens gegen Scholz liegt noch nicht vor.

[Inhalt](#) ↑

● Franziska Hollstein: Demokratie Wegweiser

Eine moderne Demokratie ist laut Hollstein ohne gewählte Abgeordnete in Entscheidungsgremien, die die Interessen der Bürger dort vertreten, undenkbar. Das gilt auch dann, wenn es umfangreiche Maßnahmen für sachliche Direktentscheidungen gibt. Und es gilt grundsätzlich auch dann, wenn sich in den Entscheidungsgremien aktuell Korruption, Lobbyismus oder Inkompetenz breitmachen.

Eine offenbar nicht korrupte Abgeordnete hat festgestellt, dass die meisten Bürger gar nicht wissen, wer sie in welchem Gremium vertritt und welche Entscheidungskompetenz dieses Gremium hat oder nicht hat. Kurz: sie hat eine große Ferne zwischen Bürger und Institutionen bemerkt und allein schon das als einen Grund für eine sogenannte Demokratieverdrossenheit vieler Bürger vermutet. Je größer die Entfernung zwischen Politiker und Bürger wird, desto weniger werden die zuständigen Politiker vom Bürger gesehen und kontrolliert.

Deshalb [hat Franziska Hollstein mit einem Team eine Plattform ins Leben gerufen](#), auf der für jeden Wahlkreis auf jeder Wahlebene (Gemeinde, Land, Bund) der aktuelle Volksvertreter genannt wird und auch die Zuständigkeiten erkennbar sind. Man möchte meinen, dass ein solches Informationsangebot, also praktisch ein Fernglas zwischen Bürger und Politiker, in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte, aber tatsächlich bedarf es dazu offenbar einer privaten Initiative.

Auf der Website Demokratie-Wegweiser kann man seine eigene oder eine andere Adresse eingeben und bekommt die genannten Informationen geliefert – aber: die Datenbank ist noch alles andere als vollständig. Sie bezieht sich bisher nur auf Nordrhein-Westfalen und enthält auch hier noch Lücken. Deshalb ist jeder an Demokratie interessierte Bürger aufgefordert, dem Aufbau dieser wichtigen Datenbank zuzuarbeiten.

[Franziska Hollstein](#) ist Gründerin des Internetauftritts 'Demokratie-Wegweiser'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Chris Frey: Die strategische Bedrohung durch einseitige Klimaschutz-Maßnahmen**

Am 27.11.2023 war Lord Monckton of Brenchley zu einer Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages bezüglich Empfehlungen für eine Klimapolitik im Hinblick auf die kommende UN-Klimakonferenz COP 28 eingeladen. [Laut Monckton ist die Erde nicht durch einen menschengemachten Klimawandel bedroht](#). Er weist darauf hin, dass die vom Westen ins Feld geführten Argumente nicht stimmig und nur eine Auswahl der ins Konzept passenden Fakten sind. Es stimme nicht, dass "unsere Emissionen eine gefährliche Erwärmung verursachen würden". Das sei in dem Geheimdienstbericht nachzulesen, der dem ehemaligen US-Präsidenten Trump zugeschickt wurde. Daraufhin habe sich Trump zurecht aus dem Pariser Klimaabkommen zurückgezogen. Laut Monckton würde sich die Erde nur um ein Zehntel Grad abkühlen, wenn bis 2050 alle Länder ihre Emissionen auf Null reduzierten. – [Vortragsvideo mit Synchronübersetzung](#) (25m23).

[Inhalt](#) ↑

- **Hans Köchler: Das Humanitäre Völkerrecht ist unter allen Umständen einzuhalten**

Hans Köchler, Präsident der 'International Progress Organization', hielt am 05.12.2023 vor der UN-Generalversammlung eine Rede im Rahmen einer Veranstaltung, die vom 'Komitee für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes' einberufen wurde. Zunächst weist Köchler auf die von [B'tselem](#) und [Leukefeld](#) beschriebenen Zustände hin und erinnert zusätzlich an die tödlichen Razzien der Besatzungsarmee im Westjordanland. Er verweist darauf, dass weder das Recht auf Selbstverteidigung noch das Recht auf Widerstand "unverhältnismäßige und wahllose Gewaltanwendung" erlaube noch "als Vorwand für kollektive Bestrafung dienen" dürfe. ["Die Verurteilung dieser Taten und der dahinterstehenden Politik und Ideologie ist nicht Ausdruck von Antisemitismus, ebenso wenig wie die Verurteilung der Greueltaten gegen israelische Zivilisten ein Ausdruck von Islamophobie ist."](#)

Die Politiker der Welt sollten sich ihrer Pflicht bewusst sein, "die Einhaltung [des Humanitären Völkerrechts] unter allen Umständen zu gewährleisten". Die zuständige UN-Untersuchungskommission sehe eindeutige Beweise für im Gazastreifen begangene Kriegsverbrechen. Köchler schließt sich UN-Generalsekretär Guterres an, dass die Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung [...] nicht länger hingenommen werden" dürfe. Köchler fordert, dass sich Israel "aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückziehen und die Annexion des arabischen Jerusalem mit seinen heiligen Stätten rückgängig machen [muss] – und zwar bedingungslos. Dies erfordert auch die Auflösung der kolonialen Siedlungen im Westjordanland, die eines der größten Hindernisse für den Frieden darstellen." Die westlichen Staaten müssten nun tatsächlich das Zwei-Staaten-Modell in Angriff nehmen und durchsetzen. Dazu könnte die UNO eine bewaffnete Einsatztruppe schaffen, die als Garanten für beide Parteien auftreten. Köchler erinnert daran, dass bisher die politisch Verantwortlichen des Westens immer wieder gegen den Willen ihrer

Bevölkerungen handeln, die deutlich gemacht habe, "dass sie eine Beilegung des Konfliktes durch Verhandlungen und gegenseitige Anerkennung befürworten". Köchler erinnert auch an die mahnenden Worte des spanischen Premierministers und des französischen Präsidenten.

Prof. Dr. Hans Köchler, Jg. 1948, ist langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, hat diverse Gastprofessuren, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (I.P.O.); er ist international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Jeffrey D. Sachs: **Appell in New York: "Sicherheitsrat sollte Kriege beenden"**

Der US-Ökonom Jeffrey D. Sachs hat vor dem UN-Sicherheitsrat eine Rede gehalten, in der er betonte, dass [die gegenwärtigen Kriege in der Ukraine, in Nahost, in Syrien und in der Sahelzone durch eine Einigung im Sicherheitsrat beendet werden könnten](#), indem er von außen zufließende Mittel wie Geld und Waffen zurückhält. Zudem seien diese Kriege durch wirtschaftliche und politische Faktoren verursacht. Im Ukraine-Konflikt sieht Sachs die politischen Ursachen darin, dass sich die NATO gegen die rechtzeitigen und wiederholten Einwände Russlands in der Ukraine auszubreiten versuche. "Ein zweiter politischer Grund ist die ethnische Teilung der Ukraine in Ost und West, die zum Teil auf sprachlichen, zum Teil auf religiösen Gründen beruht. Nach dem gewaltsamen Sturz von Präsident Janukowitsch 2014 spalteten sich ethnisch russische Regionen von der nach dem Putsch eingesetzten Regierung ab und forderten Schutz und Autonomie." Dies sei aber von Kiew nicht beachtet worden. Die wirtschaftlichen Ursachen lägen darin, dass ein dreiseitiges Abkommen zwischen EU, Russland und der Ukraine aufgrund der Ablehnung durch die EU nicht zustande gekommen sei.

Sachs ruft den UN-Sicherheitsrat auf, dauerhafte Lösungen dieser Probleme zu finden. Auch hinsichtlich des Kriegs zwischen Israel und Palästina sieht Sachs die Möglichkeit, den Krieg schnell zu beenden, "wenn der Rat die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates der letzten Jahrzehnte umsetzen würde, in denen die Rückkehr zu den Grenzen von 1967, der Stopp der israelischen Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten und die Zweistaatenlösung gefordert werden [...]". Um diese UN-Beschlüsse endlich durchzusetzen, soll der UN-Sicherheitsrat kurzfristig den Staat Palästina (Hauptstadt Ost-Jerusalem, souveräne Kontrolle über die heiligen Stätten des Islam) anerkennen und als Vollmitglied in die UNO aufzunehmen. Die Sicherheit Palästinas sei durch UN-Friedenstruppen mit arabischer Beteiligung und wirtschaftliche Hilfe für die Sicherstellung der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit zu gewährleisten.

In Syrien sind nach Sachs alle Versuche eines Regime-Wechsels endgültig zu beenden und eine Zusammenarbeit des Rates mit der syrischen Regierung bei Wiederaufbau und der Entwicklung aufzunehmen. Dem mit dem Sturz des libyschen Regimes von Muammar al-Gaddafi eingeleiteten Krieg in der Sahelzone kann nach Sachs vor allem durch dringend notwendige "Investitionen in die Elektrifizierung, den digitalen Zugang, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, den Straßen- und Schienenverkehr sowie in soziale Dienstleistungen, insbesondere in Bildung und Gesundheit" der Boden entzogen werden. Sachs legt dem UN-Sicherheitsrat nahe, sich jetzt zu einigen und seine weitreichenden Befugnisse zur Beendigung der Kriege zu nutzen. Er empfiehlt dem Rat, einen neuen Friedens- und Entwicklungsfonds zu schaffen, um eine positive Dynamik für nachhaltige Entwicklung und Friedenssicherung in die Wege zu leiten. Solch ein Fonds sollte von den Großmächten finanziert werden, indem diese ihre Militärausgaben um 10% kürzen und die so freiwerdenden Mittel in den Fonds einbringen. Der Fonds solle mit anderen Finanzierungsquellen wie Neue Seidenstraße (China), Global Gateway (EU), Globale Partnerschaft (G7) und anderen Institutionen zusammenarbeiten.

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Effenberger: **Full Spectrum Dominance – Herrschaftsstrategien von USA und NATO**

Für Wolfgang Effenberger war am Ende des Kalten Krieges klar, dass die USA nur eines ihrer Ziele gegenüber Russland erreicht hatten: den Sieg über den Sozialismus. Die Vormachtstellung in Eurasien war aber nicht gewonnen. Folglich wurden mit dem US-Strategiepapier "Joint Vision 2020" offiziell erklärt, dass die "Full Spectrum Dominance" angestrebt werde, das heißt die globale Kontrolle zu Lande, zur See, in der Luft, im Weltraum und über alle Ressourcen. Die ersten Pläne solch einer Dominanz wurden schon 1939 vom 'Council on Foreign Relations' geschmiedet. Im April 1949 wurde das gegen die Sowjetunion gerichtete Militärbündnis NATO gegründet. Im Dezember 1949 wurden mit dem Kriegsplan "Dropshot" die Kriegsziele gegen die UdSSR verabschiedet, der einen Kriegsbeginn zum Jahresanfang 1957 vorsah. Doch als Sputnik um die Erde zog, wurde "Dropshot" vertagt. Als 1991 die Sowjetunion Vergangenheit wurde, wurde die NATO auch deshalb nicht aufgelöst, weil laut Effenberger "jeder Teil der US-Wirtschaft mit der Zukunft dieser permanenten Kriegsmaschine verbunden" war. 1994 definierten Paul Wolfowitz und andere die Stringenz und Kontinuität des US-Hegemoniestrebens. Mit dieser Wolfowitz-Doktrin, die sich nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen nationalen und religiösen Extremismus richtete, sei dann die NATO zum "Instrument der blutigen Aggression gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen" geworden.

Der Weg in einen Krieg, der in verschiedenen Facetten durchgeführt werden soll, führt demnach über die gezielte Destabilisierung des avisierten Staates. Laut Effenberger sind in der Ukraine die beschriebenen Eskalationsstufen gut zu beobachten. Das wahre Ziel der von den USA geführten Kriege wird laut Effenberger 2014 in dem US-Strategiepapier "TRADOC 525-3-1" klar genannt und mit der US-Resolution 758 zur US-Staatsdoktrin erhoben: die eurasische Landmasse. Diese Resolution sei im Januar 2015 von der EU mit einer 28-Punkte-Resolution weitgehend übernommen worden. In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie 2022 legt die Biden-Regierung dar, dass die USA ihre geopolitischen Konkurrenten ausmanövrieren will – für Effenberger [eine Kampfansage an den Rest der Welt](#). Zum Erreichen des Ziels würden die USA jeden Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz explizit ausschließen. Effenberger erinnert an die Art, wie Biden die Sicherheitsstrategie im Senat vorgestellt hat, indem er die USA über alles in der Welt gestellt hat. Effenberger erinnert aber auch an die Präambel des Grundgesetzes: "Seien wir von dem Willen beseelt, dem Frieden der Welt zu dienen". Und er ruft uns auf, den Krieg, den Bruder der Lüge, zu ächten und nach Wahrhaftigkeit, der Schwester des Friedens, zu streben.

[Wolfgang Effenberger](#); Jg. 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Spanien, Belgien, China und andere Länder kritisieren israelischen Krieg

Belgiens Premierminister De Croo und Spaniens Ministerpräsident Sanchez haben sich auf einer Pressekonferenz zum Abschluss des gemeinsamen Besuchs in Israel, dem Westjordanland und Ägypten kritisch zu Israels Vorgehen geäußert. De Croo sagte, Israel habe das Recht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, aber die Militäroperation, die Israel gegen den Terrorismus durchführe, müsse das Völkerrecht respektieren. "[Das Töten von Zivilisten muss jetzt aufhören](#). Es sind schon viel zu viele gestorben. Die Zerstörung des Gaza-Streifens ist inakzeptabel. Wir können nicht akzeptieren, dass eine Gesellschaft auf diese Weise zerstört wird." Auch betonte er, dass es für diesen Konflikt keine militärische Lösung gebe. "Eines Tages werden die Menschen miteinander reden müssen, und da es nur eine politische Lösung gibt, müssen die Gespräche wieder aufgenommen werden", sagte er und fügte hinzu, dass die Gewalt der Siedler im Westjordanland und das Töten unschuldiger Menschen aufhören müsse. Netanjahu verurteilte "die Äußerungen des belgischen und des spanischen Premierministers aufs Schärfste" und bestellte die Botschafter Belgiens und Spaniens ein, um gegen die "falschen Behauptungen" ihrer Premierminister zu protestieren, die "dem Terrorismus Auftrieb geben".

Am 28.11.2023 wurde Israel durch eine nicht bindende, von 10 Ländern (u.a. Syrien, Algerien, Qatar, Ägypten) eingebrachte UN-Resolution der Vollversammlung [aufgefordert, sich aus den besetzten Golanhöhen zurückzuziehen](#). Der ständige UN-Beobachter Palästinas sagte, die gegenwärtige Periode sei die tödlichste, die Palästinenser im Gaza-Streifen bisher erlitten hätten, "und sie haben viele erlitten". 80% der Bevölkerung Gazas, rund 1,8 Millionen Menschen, seien inzwischen zu Binnenflüchtlingen geworden.

Am 30.11.2023 bekräftigte der chinesische Außenminister Wang Yi die Forderung Chinas nach Einberufung einer "verbindlichen, inklusiven und ergebnisorientierten Friedenskonferenz so bald wie möglich, um [einen Zeitplan für eine Zwei-Staaten-Lösung in der Palästina-Israel-Frage festzulegen](#)" (so die Formulierung von Xinhua). Er betonte, dass China, das im Dezember den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hat, die UNO dabei unterstütze, eine führende Rolle bei diesen Bemühungen zu übernehmen. Laut Wang müssten vier (hier verkürzt wiedergegebene) Maßnahmen ergriffen werden: "1) Sicherstellen, dass die derzeitige humanitäre Pause zu einem umfassenden Waffenstillstand wird. [...] 2) Humanitäre Hilfe müsse ungehindert in den Gazastreifen gelangen können, was mehr Grenzübergänge als nur den im ägyptischen Rafah erfordere. [...] 3) Einberufung der oben erwähnten internationalen Friedenskonferenz, um den Weg für eine Zwei-Staaten-Lösung zu ebnen. [...] 4) Die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der internationalen Sicherheit und des Friedens liege beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, und es sei an der Zeit, dass sich der Sicherheitsrat mit klarer Stimme zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts äußere."

[Inhalt](#) ↑

• Ralph Bosshard: Europa in der Krise – es ist Zeit für Bescheidenheit

Laut Ralph Bosshard ist nicht nur die Gegenoffensive der Ukraine gescheitert. Es seien auch die Versuche gescheitert, Russland für sein Vorgehen im Konflikt zu bestrafen, einen Regimewechsel in Moskau oder die Zerlegung Russlands zu erreichen, Russland zu isolieren und "das einzig existierende legitime System kollektiver Sicherheit, nämlich die UNO, durch ein westliches System mit der NATO im Kern zu ersetzen". Vielmehr sei durch "die Sanktionen und Druckversuche des Westens [...] das Entstehen einer multipolaren Welt beschleunigt" worden. Man werde sich nicht nur mit Russland auf einen 'modus vivendi' einigen müssen. Voraussetzung dafür sei eine ungeschminkte Lagebeurteilung der Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges, insbesondere die weltweit erfolgten aggressiven Handlungen von den USA und der NATO, aber auch den gewachsenen Einfluss russischer und chinesischer Diplomatie sowie das gesteigerte Selbstbewusstsein mehrerer Länder des globalen Südens.

Nach Bosshard ist bei dem Versuch, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten, unbedingt zu berücksichtigen, dass Systeme kollektiver Sicherheit eine grundsätzliche Problematik aufweisen: "In einem derartigen System soll die Gemeinschaft der teilnehmenden Staaten gemeinsam gegen Rechts- oder Friedensbrecher vorgehen. Das setzt voraus, dass es gelingt, eindeutig Recht von Unrecht, Schwarz von Weiß zu unterscheiden. In der Praxis gelingt das selten, denn erfahrungsgemäß sind die wahren Konflikte jene, in welchen verschiedene völkerrechtliche Normen sich im konkreten Fall widersprechen, wo unterschiedliche Rechtsauffassungen bestehen oder Recht nicht messerscharf definiert ist." Bosshard fürchtet, "dass alle Seiten es bequemer finden, in ihren althergebrachten und seit Jahren bekannten Positionen zu verharren, als sich den Fehlern der eigenen Vergangenheit zu stellen". Das werde insbesondere Westeuropa schaden, das mit dem durch den Ausschluss Russlands aus einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur und mit dem Aufkündigen von Instrumenten der Rüstungskontrolle in Moskau gewachsenen Misstrauen leben müsse. Das sei auch der Verletzlichkeit Russlands geschuldet, die Bosshard näher darlegt und die eine Weltherrschaft Russlands gar nicht zulasse. [Es sei dem Westen dringend zu empfehlen aufzuhören, der Welt seine Regeln aufzuzwingen zu wollen](#). Vielmehr solle man sich daran erinnern, dass die UNO "das einzige legitime System kollektiver Sicherheit auf der Erde" ist.

[Ralph Bosshard](#), Oberstleutnant a.D., war Berufsoffizier der Schweizer Armee, erfuhr Ausbildung an der Generalstabs-Akademie der russischen Armee in Moskau, diente als militärischer Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der OSZE, als Senior Planning Officer in der 'Special Monitoring Mission to Ukraine' und als Operationsoffizier in der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE. Zivilberuflich Historiker (Magister, Universität Zürich). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● NRhZ-Online: **NATO raus aus Deutschland – NATO raus aus Europa**

Am 25./26.11.2023 fand in Köln die Friedenskonferenz "[Frieden ohne NATO](#)" mit ca. 180 Menschen vor Ort und erkenntnisreichen Vorträgen und Debatten statt. Für die Organisatoren, die Redaktion der NRhZ (Neue Rheinische Zeitung) galt es, "den Ernst der Lage zu erkennen, zu analysieren, welche Kräfte mit welchen Mitteln – an allen Regeln, Verträgen und aller Moral vorbei – das Weltgeschehen in Richtung Existenzgefährdung der Menschheit lenken". Dazu haben mehrere Akteure beigetragen.

Rechtsanwalt Ralf Ludwig hat in seiner Laudatio zur Verleihung des Kölner Karlspreises das standhafte Eintreten von Michael Ballweg für die Grund- und Menschenrechte gewürdigt. Rudolph Bauer hat das Wirken Ballwegs in den historischen Zusammenhang mit dem Wirken von Karl Marx gestellt. Andreas Neumann hat darauf gedrungen, den Weg zum Frieden dadurch einzuschlagen, dass die "Kapital-Verbrecher, die große Teile der Welt beherrschen", entmachtet werden, indem ihnen ihre Werkzeuge, insbesondere die NATO, genommen werden. Dazu fordert er den Austritt Deutschlands aus der NATO.

Werner Rügemer ruft zur "Rückbesinnung auf historische Wahrheiten" auf und zeigt dazu das Zusammenwirken von Militärs und Kapitalisten in der "Geschichte des US-Imperiums" auf. Michael Ballweg ruft uns Wählern unsere Bedeutung in dem existierenden "System Geld" in Erinnerung und dass daher dieses System nur geändert werden könne, "wenn wir uns selbst ändern". Ansgar Klein nahm die Kriegstreiber ins Visier und machte aufmerksam auf "die Strategie des Great Reset, des Forums der Superreichen, das sich Weltwirtschaftsforum nennt, mit dem der Kapitalismus über einen gezielten Zusammenbruch und einen Neustart auf eine noch perversere Stufe gehoben werden soll".

Laut Sabiene Jahn spielen die Medien die "Hauptrolle in diesem großen Zauber, in diesem großen Spiel". Um ihren Mitbürgern die dabei wesentlichen Strukturen verständlich zu machen,

“will Sabiene Jahn – insbesondere im regionalen Bereich – Aufklärungsarbeit leisten. Dazu plant sie ein Projekt im Bereich des Bürgerfernsehens.“

Frieder Wagner fordert in seinem Vortrag "Todesstaub made in USA – verstrahlt, vergiftet, vertuscht – Uranmunition verseucht die Welt", dass die Politiker in Deutschland, die deutsche Soldaten in Krisengebiete schicken, zur Verantwortung gezogen werden müssen, und dass Deutschland aus der NATO austreten muss. Auch Klaus Hartmann betont die Notwendigkeit, aus der NATO auszutreten, um Deutschlands Vasallentum und Teilnahme an völkerrechtswidrigen Kriegen in Zukunft zu verhindern. Die abschließende Podiumsdiskussion darüber, wie eine starke, authentische Friedensbewegung entstehen kann, konnte diesbezüglich nur erste Ansätze liefern.

Zu der Veranstaltung gibt es [Video-Clips](#) (Teil 1, 20m56 / Teil 2, 40m22), die Ausschnitte zeigen, und eine Übersicht zu Artikeln zu einzelnen NRhZ-Beiträgen ([Andreas Neumann](#), [Werner Rügemer](#), [Ansgar Klein](#), [Rudolph Bauer](#), [Wolfgang Effenberger](#), [Frieder Wagner](#) und [Klaus Hartmann](#)).

Die [NRhZ-Online](#) orientiert sich in ihrer unabhängigen, engagierten und kritischen Berichterstattung an der traditionsreichen 'Neuen Rheinischen Zeitung', die am 1. Juni 1848 in Köln gegründet wurde und sich der Aufklärung verpflichtet hatte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg: Weg des Friedens statt Weg des Krieges**

Nachdem sich die "Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg" Anfang November mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung, den Bundeskanzler, den Bundespräsidenten, das Außenministerium sowie an die Fraktionschefs des Bundestags mit der Bitte gewandt hatten, den Bürgern ein [ausgewogenes Bild über den Israel-Palästina-Konflikt zu vermitteln und sich für eine gerechte Lösung des Konflikts einzusetzen](#), wenden sie sich am 14.11.2023 direkt an Bundeskanzler Scholz. In dem neuerlichen Offenen Brief stellen die Mütter fest, dass "das gegenwärtige Vorgehen Israels gegen die Bevölkerung Palästinas im Gaza" einen Völkermord im Sinne der UN-Charta darstellt. Sie machen Scholz auf einen an den Bundesjustizminister gerichteten Brief von Jens Löwe aufmerksam, in dem "78 UNO-Resolutionen gegen Israel von 1955 bis 2013 aufgelistet [sind], in denen Israel aufgerufen wird, die von ihm okkupierten Gebiete wieder den Palästinensern bzw. Staaten (syrische Golanhöhen) zurückzugeben bzw. [die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den von ihnen okkupierten Gebieten zu achten](#)". Die Mütter erwarten vom Bundeskanzler, dass er internationale und nationale Gesetze kennt und diese auch einhält – und dies auch von Israel einzufordern.

Die Vereinigung "[Mütter gegen den Krieg Berlin – Brandenburg](#)", geeint in dem Wunsch, dass die NATO-Stützpunkt in Deutschland geschlossen, die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen und Deutschland nicht weiter als Drehscheibe für Kriegseinsätze der NATO dient, hält seit 1999 in Berlin wöchentliche Mahnwachen für den Frieden ab. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Henriette Hanke Güttinger: Nicht in unserem Namen!**

In Erinnerung der Blockade des Capitol Hill in Washington durch Tausende von Juden am 19.10.2023 und deren Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand, erinnert Henriette Hanke Güttinger an die Vorgeschichte des Konflikts um den Gazastreifen seit 1967. Damals zog Israel die jüdischen Siedler aus dem Gebiet ab. Diesem Abzug "folgte die Machtübernahme durch die Hamas, zunächst in demokratischen Wahlen (2006), dann durch einen Präventivschlag, um die von Amerikanern und Israelis unterstützte Machtübernahme durch die Fatah zu verhindern

(2007)“. Darauf blockierte Israel den Streifen wirtschaftlich, worauf die Hamas “durch den Raketenbeschuss der nächstgelegenen israelischen Stadt, Sderot,“ reagierte. Es folgte die israelische Militäroffensive “Gegossenes Blei“ (2008/9) sowie die Kriege von 2012, 2014 und 2021 (letzterer von Itamar Ben Gvir, dem heutigen Minister für innere Sicherheit, provoziert). Von der neuen Regierung, seit 18.12.2022 im Amt, wird der Beschluss im Koalitionsvertrag niedergelegt, das besetzte Palästinensische Gebiet zu annektieren. Um die schreckliche Entwicklung aufzufangen, legt uns Güttinger nahe, [kleine Brücken zwischen Palästinensern und Juden zu bauen](#), aber auch die Stimme gegen Israels Verbrechen an den Palästinensern zu erheben.

[Henriette Hanke Güttinger, Jg. 1949](#), pensionierte Lehrerin und Redaktionsmitglied der Schweizer Zeitung ‘Zeitgeschehen im Fokus’. Ihre [Erfahrung als Menschenrechtsbeobachterin in Palästina und Israel](#) hat sie in dem Buch “This is Palestine... is this Palestine? Das ist Palästina ... ist das Palästina?” sehr gut beschrieben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Tilo Gräser: **Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit**

In seinem sehr ausführlichen Bericht über die Demo in Berlin legt Tilo Gräser u.a. die Aussagen von Gabriele Krone-Schmalz vor. Sie begründete ihren Auftritt mit den Worten: “Das ungenierte Kriegsgeschrei kann ich so nicht hinnehmen. Und ich habe den Eindruck, dass sich die Mehrheit in unserer Gesellschaft, schon gar die schweigende, weniger Kriegsrhetorik wünscht und dafür mehr ernst zu nehmende diplomatische Aktivitäten.“ Ihr fehlt ein politischer Plan “sowohl mit Blick auf Russland und die Ukraine als auch mit Blick auf Israel und den Nahen Osten“. Stattdessen werde nur in Kategorien von Sieg und Niederlage gedacht und geredet. Die vermeintlich wertegeleitete Außenpolitik habe “offenbar kein Problem damit, die zivilen Opfer je nach Täter unter Kriegsverbrechen oder Kollateralschaden zu verbuchen“. Zugleich verhindere der “fatale Bekenntniszwang“ in Politik und Medien eine sachorientierte Auseinandersetzung über die besten Wege aus den Konfrontationen. Die Gut-Böse-Schemata würden der Realität kaum standhalten, “weder in der Ukraine noch in Israel“. Und der Kampf um die Demokratie finde nicht im Ausland statt, “sondern innerhalb unserer Landesgrenzen“. Dazu sei auch wieder eine starke Friedensbewegung notwendig, betonte Krone-Schmalz. Sie werde gebraucht für bessere Lösungen und gegen das “Kriegsgeschrei derjenigen, die sich stets auf der moralisch guten Seite wähnen“. Krone-Schmalz sagte am Schluss ihrer Rede: [“Es ist an der Zeit, dass die schweigende Mehrheit sieht, wie wichtig es ist, sich zu Wort zu melden](#)“. Sich nicht mundtot machen zu lassen und sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, was bislang bei uns selbstverständlich schien: Frieden.“ Tilo Gräser lässt auch viele Teilnehmer zu Wort kommen. So hat die Psychoanalytikerin Iris Hefets gesagt: “Es fehlt an zivilem Widerstand gegen diese einschneidenden totalitären Tendenzen, die unter dem Deckmantel des Kampfes für die westliche Werte in der Ukraine oder des Kampfes gegen Antisemitismus erkennbar sind.“ Oder den ehemaligen SPD-Politiker Michael Müller: “Es gibt keinen Grund, sich von der Friedens- und Entspannungspolitik zu distanzieren. Eine Relativierung ist völlig verfehlt. Das Gegenteil ist richtig.“ Für die Politologin Petra Erler gilt: “In der jetzigen Zeit kommt es darauf an, die Stimme überall und gemeinsam für den Frieden zu erheben.“

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Michael von der Schulenburg: **Frieden stiften in einer Welt voller Konflikte: Eine Anleitung für das 21. Jahrhundert**

Michael von der Schulenburg sprach auf der Friedensdemonstration am 25.11.2023 in Berlin. Dabei betonte er: "Ohne eine entschiedene Umkehr ist zu befürchten, dass Gewalt und Kriege weltweit erneut zur größten Gefährdung der Menschheit führen." Es scheine, als werde die Kunst der Diplomatie als Schwäche gesehen und sei in Misskredit geraten. Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates nutzten ihr Vetorecht nicht als besondere Verantwortung für den Frieden, sondern als Waffe, die mit scheinbar moralischen Argumenten gerechtfertigt werde. Von der Friedensverpflichtung aufgrund der UN-Charta sei nichts mehr zu hören. Sowohl in der Ukraine als auch in Nahost werde mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Von der Schulenburg fragt: "Wollen wir – ja, können wir überhaupt – in einer Welt leben, in der Gewalt das alles beherrschende Prinzip von Konfliktlösungen geworden ist?"

Durch immer weiter modernisierte Waffen bis hin zur KI (Künstlichen Intelligenz), durch Aufkündigen von Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildenden Maßnahmen sowie manipulierten, ja z.T. falschen Informationsbildern werde kein Frieden, keine Sicherheit geschaffen, sondern die Entscheidung über Krieg und Frieden den Menschen zunehmend entzogen und die Welt unsicherer gemacht. Die mit der Ausweitung der Demokratie begründeten Militärinterventionen der NATO "haben nur Zerstörungen, Chaos, Verarmung und unermessliches menschliches Leid hinterlassen". "Es gibt also auch keinen anderen Staat oder andere Staatengruppe, die für so viele zivile Opfer die direkte oder indirekte Verantwortung trägt.

Wenn wir Frieden wollen, müssen wir uns im Westen zuerst von unserer widersinnigen moralischen Überheblichkeit verabschieden." Es sei wichtig, den Verstand zu benutzen, "[sich mit den anderen zu verstehen und fähig zu werden, Frieden zu schließen](#)". Dabei bedeutet Verstehen ganz und gar nicht, die Meinung eines anderen zu akzeptieren oder gar zu übernehmen. Es meint nur, dem Standpunkt der gegnerischen Seite Respekt zu zollen und sich dementsprechend zu verhalten. Der kleine Schritt, den anderen zu verstehen, zu respektieren, kann zwischen Krieg und Frieden entscheiden." Von der Schulenburg erinnert an die Präambel der UN-Charta, in der der Wille der Völker bekundet wird, "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, [...] unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen [...] zu bekräftigen, [Verträge und das Völkerrecht zu wahren, sowie] "den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern".

[Michael von der Schulenburg, Jg. 1948](#), ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, arbeitete über 34 Jahre für die Vereinten Nationen und kurz darauf für die OSZE in vielen Ländern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **"Israelis gegen Apartheid" fordern Maßnahmen vom Internationalen Strafgerichtshof, um die Palästinensische Bevölkerung vor Völkermord zu schützen**

'Israelis gegen Apartheid', eine Gruppe von 1'500 israelischen Juden, die sich für Entkolonialisierung einsetzen, forderten den Internationalen Strafgerichtshof am 06.11.2023 auf, beschleunigte Maßnahmen gegen die eskalierenden israelischen Kriegsverbrechen und den Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung (Beispiele und handelnde Personen werden benannt) zu ergreifen. Das seit Jahrzehnten unterbleibende Eingreifen der [internationalen Gemeinschaft sei mitverantwortlich für die andauernden Verbrechen an den Palästinensern](#). Die Gruppe weist darauf hin, dass "israelische Militärangehörige und Journalisten offen zu ethnischer Säuberung und Völkermord aufrufen". Die Gruppe fordert die "sofortige Ausstellung von Haftbefehlen gegen die politischen und militärischen Sicherheitsverantwortlichen Israels, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen", sowie die "Untersuchung

der laufenden Verbrechen, die in diesem Moment vom Staat Israel, seinen Streitkräften und bewaffneten israelischen Bürgern unter militärischem Schutz begangen werden“, zu beschleunigen.

Eine Gruppe von über 2'000 US-amerikanischen jüdischen Autoren, Künstlern und politisch Aktiven hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der sie deutlich macht, dass [Kritik an der israelischen Politik kein Antisemitismus](#) ist. “Wir verurteilen die jüngsten Angriffe auf israelische und palästinensische Zivilisten und betrauern die furchtbaren Verluste an Menschenleben. In unserer Trauer sind wir darüber entsetzt, dass der Kampf gegen den Antisemitismus als Vorwand für Kriegsverbrechen mit erklärter völkermörderischer Absicht missbraucht wird.“

[Inhalt](#) ↑